

Timo Greger und Elias Unger

KRISE UND KRITIK

**Zentrale Positionen zur Demokratie
von der Antike bis in die Gegenwart**

Literaturbericht zur Studie »Demokratie in der Krise.
Ein Weckruf zur Erneuerung im Angesicht der Pandemie«
von Julian Nida-Rümelin

Literaturbericht:

Krise und Kritik – zentrale Positionen zur Demokratie von der Antike bis in die Gegenwart

Autoren: Timo Greger, Elias Unger

Obwohl Demokratie inzwischen in den Augen vieler als die erstrebenswerteste Regierungsform gilt, wurde sie von Beginn an von Kritik und Krisendiagnosen begleitet. Im Folgenden soll ein kurzer Überblick darüber gegeben werden, wie sich unterschiedliche Autoren (insbesondere aus der Philosophie) zur Demokratie und deren Krisenerscheinungen positioniert haben bzw. sich gegenwärtig hierzu positionieren. Hierfür werden zunächst in ideengeschichtlicher Rückschau zentrale demokratietheoretische Positionen klassischer Autoren von der Antike bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts kurz dargelegt, bevor dann anschließend auf die zeitgenössischen Diskussionsstränge eingegangen wird. Der ideengeschichtliche Teil wird dabei als insofern relevant erachtet, als viele der zeitgenössischen Debatten bis weit in die Vergangenheit zurückreichen.

I. Ideengeschichtlicher Rückblick Antike

Die Antike gilt für gewöhnlich als Geburtsstunde der Demokratie. Dabei ist zu beachten, dass die athenische Demokratie sich deutlich von dem unterscheidet, was wir heute üblicherweise unter »Demokratie« verstehen. Während wir heute Demokratie in der Regel als eine Staatsform auffassen, die auf Gewaltenteilung, verfassungsrechtlich verankerten Individualrechten und einem repräsentativen Parteiensystem beruht, lässt sich die athenische Demokratie eher als eine Form direkter Demokratie klassifizieren, bei der alle Bürger Athens (Frauen und Sklaven gehörten hier jedoch nicht dazu) an den politischen Entscheidungen teilhaben konnten. Es ist bemerkenswert, dass die beiden bedeutendsten Philosophen dieser Zeit, Platon und Aristoteles, der athenischen Demokratie eher ablehnend gegenüber standen.

Platons Ablehnung der Demokratie zeigt sich insbesondere in seiner politiktheoretischen

Hauptschrift, der *Politeia*, aber ansatzweise auch schon im *Protagoras*. Geprägt war seine Einstellung sicherlich durch die Erfahrung der Verurteilung seines Lehrers Sokrates – in seinen Augen der gerechteste und weiseste Mensch – durch die Bürger Athens. Die Tatsache, dass in einer Demokratie derart falsche Entscheidungen zustande kommen können, veranlasste ihn dazu, der Demokratie eine Expertokratie gegenüberzustellen: Anstatt der auf bloßen Meinungen (*doxai*) basierenden Entscheidungen der Masse sollte die Polis auf der Grundlage von Wissen (*episteme*) geleitet werden. Da dieses Wissen nur manchen zugänglich sei, nämlich den Philosophen, plädiert Platon dementsprechend für eine durch einen Philosophenkönig geleitete Polis. Platons Demokratiekritik betont demnach die besonderen Qualifikationsanforderungen Wissen und Kompetenz als Voraussetzung zur Ausübung politischer Leitungsfunktionen – eine Forderung, die uns vor dem Hintergrund kriselnder Demokratien und der daraufhin eingerichteten Expertenregierungen (z. B. die Regierung Monti in Italien von 2011–2013) bekannt erscheint.

Auch für **Aristoteles** stellt die Demokratie nicht die ideale Regierungsform dar, allerdings geht er dabei mit der Demokratie weit weniger hart ins Gericht als Platon. Aristoteles analysiert in seiner *Politik* zunächst einmal, welche Gruppen in einer Polis mit welchen Argumenten eine Beteiligung an der Herrschaft einfordern: Die Reichen fordern eine privilegierte Beteiligung an der Herrschaft ein, da sie alle anderen ja auch an ökonomischen Möglichkeiten überragen. Die einfachen Bürger (in Aristoteles' Sprachgebrauch gleichzusetzen mit den Armen) fordern eine gleiche Beteiligung, da sie allen anderen ja auch ansonsten in rechtlicher Hinsicht gleichen. Für Aristoteles sind beide Forderungen aber verfehlt, denn im ersten Fall würde die Polis lediglich ökonomischen Zwecken dienen, und im zweiten

Fall wäre die Polis lediglich eine Rechtsgemeinschaft. Seines Erachtens ist das Leben in einer Polis aber mehr als nur ökonomische Bedürfnisbefriedigung und Rechtssicherung. Das Leben in der Polis dient dem Zweck des *guten Lebens* – gemeinsame Projekte, Bildung, Kultur sowie eine tugendhafte Erziehung, all das habe einen festen Platz in der Polis. Vor diesem Hintergrund sollen nach Aristoteles auch die Besten, also die Aristokraten herrschen. Wer diese Besten nun konkret sind, beantwortet er nicht explizit. In vielen Fällen sind dies die Vermögenden, welche nicht nur über Geld, sondern über Bildung und vor allem Zeit und Muße verfügen. In manchen Fällen zeigt Aristoteles aber auch Sympathien für eine Beteiligung aller Bürger. So meint er zwar, dass die Ausübung öffentlicher Ämter selbstverständlich den tugendhaften Aristokraten vorbehalten sein soll, aber bei der Wahl der Amtsträger betrachtet er das versammelte, einfache Volk für tugendhafter. Damit skizziert Aristoteles eine Art Mischverfassung, die durchaus eine gewisse Nähe zu den modernen repräsentativen, parlamentarischen Demokratien aufweist.

Neuzeit

Bildete eine Krisenerfahrung das Ende der athenischen Demokratie, so waren es gleich mehrere Krisenerfahrungen, die in der Neuzeit zu einer Rehabilitierung der Demokratie – wenn auch in etwas anderer Gestalt – führten. Geprägt durch die insbesondere religiös motivierten Bürgerkriege seiner Zeit, löste **Thomas Hobbes** in seinem *Leviathan* (1651) die staatliche Legitimation von religiösen Prämissen und setzte das Individuum an deren Stelle: Da der allgemeine Friede im Interesse aller Individuen sei und sich ein solcher Friedenszustand nur durch die Etablierung einer staatlichen Gewalt herstellen lasse, ist laut Hobbes staatliche Herrschaft prinzipiell gerechtfertigt. Die Legitimation einer staatlichen

Ordnung folgt demnach aus dem fundamentalen Interesse aller Individuen an Sicherheit und Frieden. Zwar plädiert Hobbes selbst keineswegs für eine Demokratie als Staatsform, sondern hält prinzipiell jede Regierungsform für legitim, die dem Zweck der Friedenssicherung dient; doch der von ihm gelegte Fokus auf das Individuum bei der Legitimation staatlicher Herrschaft stellt einen wichtigen Anknüpfungspunkt für die spätere Begründung demokratischer Herrschaft dar. Auch **John Lockes** politische Theorie ist in dieser Hinsicht erwähnenswert, da er mit seiner Betonung individueller Rechte in seiner *Zweiten Abhandlung über die Regierung* (1689) ebenfalls einen wichtigen normativen Baustein für unser heutiges Demokratieverständnis liefert. Nach Locke kommen jedem Individuum von Natur aus bestimmte individuelle Rechte zu. Die staatliche Gewalt und deren Institutionen sind einzig und allein dazu verpflichtet, diese Rechte und die Ausübung derer zu sichern. Diese starke Betonung individueller Freiheitsrechte hat vor allem die anglo-amerikanischen Demokratien, allen voran die USA, stark geprägt, wohingegen die kontinentaleuropäischen Demokratien stärker von Rousseau beeinflusst worden sind.

Jean-Jacques Rousseau zeichnet in seiner 1762 erschienenen Schrift *Vom Gesellschaftsvertrag* zunächst ein sehr düsteres Bild von der Gesellschaft seiner Zeit. Gleich der erste Satz im ersten Kapitel, wonach der Mensch frei geboren sei und doch überall in Ketten liege, drückt die Krisendiagnose des Genfer Philosophen programmatisch aus: Die Gesellschaften des 18. Jahrhunderts sind ungerecht, ungleich, und die Menschen leben in Unfreiheit. Dieser Diagnose folgend geht er der Frage nach, wie sich die Freiheit aller innerhalb eines Staates, der notwendig auf Zwangsgesetzen basiert, gewährleisten lässt. Dabei trifft er die Unterscheidung zwischen dem Gemeinwillen (*volonté générale*) und dem Willen aller

(*volonté des tous*). Während ersterer das zum Ausdruck bringt, was alle Bürger im öffentlichen politischen Diskurs als Gemeinwille einsehen und worauf sie sich schließlich auch einigen würden, meint letzterer lediglich die Aggregation der jeweils privat vertretenen individuellen Auffassungen. Laut Rousseau sollten politische Entscheidungen immer auf der Grundlage des Gemeinwillens getroffen werden. Um dies zu gewährleisten stellt Rousseau an alle Bürger eine große moralische Anforderung: In unserem politischen Diskussions- und Abstimmungsverhalten müssen wir immer das für alle Gute, das *bonum commune*, vor Augen haben. In dieser Rolle sind wir nicht lediglich Privatpersonen mit einem privaten Willen (*bourgeois*), sondern wir sind Bürger (*citoyen*), die ihre Entscheidungen vom Gemeinwillen leiten lassen.¹⁰⁷ Damit wird Rousseau zum Vater der modernen Vorstellung von Volkssouveränität.¹⁰⁸

Immanuel Kant trifft in seiner *Rechtslehre* (1797) sowie in seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* (1795/96) die Unterscheidung zwischen unterschiedlichen Formen der Beherrschung, die jeweils davon abhängen, wer über wen herrscht: einer über alle (= Autokratie), einige über alle (= Aristokratie) oder alle über alle (= Demokratie). Die Demokratie ist dabei seines Erachtens »im eigentlichen Verstande des Worts notwendig ein Despotismus«¹⁰⁹. Dies darf uns jedoch nicht dazu verleiten, in Kant einen grundsätzlichen Gegner der Demokratie zu sehen. Kants Ablehnung trifft hier nur ein spezifisches Verständnis von Demokratie, nämlich dasjenige der direkten Demokratie, bei dem gewissermaßen notwendig Mehrheiten über Minderheiten entscheiden. Kant erachtet es demgegenüber für erforderlich, dass die Gesetze eines Staates so verfasst sind, dass sie als aus einem Vertrag unter allen Bürgern hervorgegangen gedacht werden können. Dieser Anforderung kann jedoch – so seine Überzeu-

gung – nur ein repräsentatives System gerecht werden. Kants Republik, die ein ebensolches System darstellt, kommt somit den heutigen Demokratien weit näher als das Demokratiemodell, welches Kant so scharf kritisiert.

Was Kant nachdrücklich beschäftigt, war die Frage, wie sich diese Republiken ins internationale Konzert der Mächte einbetten sollen. Vor dem Hintergrund des Zeitalters der Kabinettskriege, der Napoleonischen Kriege und der die internationale Politik leitenden Idee der »Balance of Power« entwarf er die These, dass Republiken – zumindest untereinander – keine Kriege führen würden, sodass damit die (freilich moralische und nicht politisch mit Zwang durchzusetzende) Forderung einer Demokratisierung aller Völker einherging. Der Frage, ob sich diese zu einer Weltrepublik vereinen sollten, stand Kant skeptisch gegenüber, da diese machtvolle Instanz einer Welt-Exekutive Gefahr laufe, in eine Despotie abzugleiten. Anstatt eines globalen Weltstaates hatte Kant vielmehr eine freie Föderation als Völkerbund vor Augen. Nicht ohne Grund gilt Kant als intellektueller Wegbereiter des Völkerbundes, der Europäischen Union oder auch der Vereinten Nationen.

Die Frage nach der Größe der Demokratie beschäftigte auch **Charles-Louis Baron de Montesquieu**, welcher in seinen umfangreichen Studien zur Politik (*Vom Geist der Gesetze*, 1748) zu dem Schluss kam, dass Demokratien lediglich auf einem kleinen, eher einem Stadtstaat gleichenden Gebiet funktionieren. Als Vorbild, wie große Flächenstaaten nun regiert werden sollen, hatte der Franzose Montesquieu keinesfalls das zentralistische Frankreich vor Augen. Vielmehr zeigte er sich durch seine Reisen durch das Heilige Römische Reich deutscher Nation tief beeindruckt von der föderalen Struktur, der vertikalen Gewaltenteilung, sodass er modernen Demokratien eine bundesstaatliche Gliederung empfahl. Die große

Leistung, aufgrund der Montesquieu seinen Platz in der theoretischen Begründung moderner Demokratien einnehmen sollte, war aber nicht die Begründung föderaler Demokratien, sondern seine Erkenntnis, dass auch oder speziell in einer Demokratie die Macht der Macht selbst Grenzen setzen muss. Damit gilt Montesquieu als geistiger Vater der horizontalen Gewaltenteilung in Exekutive, Judikative und Legislative, welche heute als zentrale institutionelle Schranke moderner Demokratien gilt.

Zwischenkriegszeit (Weimarer Republik)

Für das Thema »Demokratie in der Krise« ist auch ein Blick auf die Weimarer Zeit sehr aufschlussreich,¹¹⁰ insbesondere da die intellektuellen Debatten dieser Zeit die junge Bundesrepublik stark geprägt haben und verschiedenste Konfliktlinien, die die ganze intellektuelle Elite dieser Zeit, besonders die sogenannten »Weimarer Staatsrechtslehrer«, prägten, die Debatten bis weit in die 60er Jahre entscheidend beeinflusst haben. Der für die normative Ausrichtung des Regierungssystems zentrale Streitpunkt dieser Zeit lag nicht so sehr in einer genuinen Demokratiekritik, sondern kreiste zentral um die beiden Streitpunkte *Parlamentarismus und Parteiendemokratie*. Diese beiden, für unsere heutigen demokratischen Systeme essenziellen Institutionen waren in der Weimarer Zeit keineswegs Konsens, vielmehr gab es eine breite intellektuelle sowie bürgerliche Tradition der Kritik an der »diskutierenden Klasse«. Die breite Zustimmung zur parlamentarischen, durch Parteien geprägten Demokratie musste sich auch nach 1945 erst mühsam etablieren.¹¹¹

Für **Carl Schmitt** war es essenziell, dass diejenigen Elemente der Weimarer Demokratie, welche zum Gedankengebäude des Liberalismus gehören, von denjenigen, die zur Demokratie gehören, getrennt werden müssen. Gemäß

Schmitts Trennungsthese gehören Grundrechte, Gewaltenteilung, Öffentlichkeit und Diskussion zur Lehre des Liberalismus und nicht zur Idee der Demokratie. So wie diese Elemente mit einer Demokratie verbunden werden können, so könnten sie ebenso gut mit einer Aristokratie und einer Monarchie verbunden werden, so Schmitts These. Das, was genuin zur Demokratie gehöre, sei die Idee der Homogenität und der Gleichheit, welche sich zwar mit einer liberalen Ordnung verbinden lässt, aber genauso gut mit einem kommunistischen oder diktatorischen System. Schmitts Grundthese ist also: Freiheit ist die Idee des Liberalismus; Gleichheit die der Demokratie. In seiner einflussreichen 1923 erschienenen Schrift *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* unterzieht Schmitt das liberale Weimarer Demokratieverständnis einer Fundamentalkritik: Wenn das Prinzip der liberalen Demokratie Öffentlichkeit und Diskussion sei, so sind seines Erachtens die Weimarer Eliten gescheitert. Kapitalistische Interessen und Hinterzimmerpolitik bestimmen die Weimarer Demokratie und nicht die öffentliche Deliberation zur Identifizierung des Volkswillens. Dass Interessensartikulation, Kompromissfähigkeit und Ausgleich auch wesentlich sind für eine funktionierende Demokratie, wird von Schmitt nicht erwähnt, ganz dem Ziel folgend, den Weimarer Eliten ihr eigenes Scheitern vor Augen zu halten. Diesem Tenor gemäß sei die Weimarer Demokratie nach Schmitt auch nicht an Hitler zugrunde gegangen, sondern an der Ignoranz der liberalen Eliten. Hitler und die Nationalsozialisten waren nur diejenige Macht, welche zum richtigen Zeitpunkt an der richtigen Stelle und fähig war, eine souveräne und den Staat vor dem Untergang bewahrende Entscheidung zu fällen.

Betrachtet man Schmitts, im Juli 1932 in der Schrift *Legalität und Legitimität* publizierte Kritik am parlamentarischen Weimarer System, so

wird dieser Umstand klar: Die Weimarer Demokratie obliegt nach Schmitt einem fundamentalen, für sie selbst tödlichen Missverständnis. Die Vorstellung, dass alle nur erdenklichen politischen Willensäußerungen Eingang in das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren und damit ihren Niederschlag in allgemeingültigen Gesetzen und staatlicher Macht finden sollen dürfen, ohne wenigstens ein letztes unantastbares Gerechtigkeitsprinzip, *das Recht der gleichen Chance für alle*, anzuerkennen, würde die parlamentarische Demokratie Weimars letztlich zu einem rein formalistischen, wertneutralen und damit normativ leeren Verfahren degradieren. Dieser Umstand, dass die Weimarer Verfassung keinen unantastbaren Wesenskern hatte, selbst Grundrechte geändert bzw. durch einfache Gesetze durchbrochen werden konnten und das parlamentarische Verfahren letztlich dazu benutzt werden konnte, antidemokratischen Haltungen und Kräften zu Mehrheiten und Macht zu verhelfen, ist für Schmitt nur ein weiterer Aspekt, der zeigt, dass die liberalen Eliten die normativen Voraussetzungen ihrer eigenen Lehren nicht fähig waren einzusehen. Für Schmitt war klar: Sobald dieser letzte materielle Gerechtigkeitsgrundsatz der *gleichen Chance für alle* dem bloß formellen Gesetzesbegriff der Weimarer Zeit vollständig geopfert werde, so wird der Erwerb staatlicher Macht nichts weiter als die Behauptung »legaler Besitzprämiens«. Die staatliche Macht dient dann nicht mehr der Aufrechterhaltung der liberalen Ordnung, sondern es kommt schließlich nur noch darauf an – so Schmitt im Juli 1932 schon fast prophetisch –, »wer zuletzt, wenn es wirklich soweit ist, in dem Augenblick, in dem das ganze Legalitätssystem beiseite geworfen wird, die legale Macht in der Hand hat und dann seine Macht auf neuer Grundlage konstituiert.«¹¹²

Hans Kelsen setzt sich in seinem berühmten Aufsatz mit dem Titel »Verteidigung der Demo-

kratie« (1932), den er kurz vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten verfasste, mit zentralen Einwänden auseinander, denen sich die Weimarer Republik damals ausgesetzt sah. Neben dem von linker Seite erhobenen Vorwurf, die Demokratie diene letzten Endes lediglich den Interessen der Bourgeoisie und würde somit der Verwirklichung des Sozialismus im Wege stehen, geht er auch auf den von nationalsozialistischer Seite vorgebrachten Einwand ein, wonach das Problem der Demokratie darin bestünde, dass diese ihre Entscheidungen nicht danach treffe, was richtig ist, sondern lediglich nach dem Grundsatz der Majorität. Diesem Einwand hält er entgegen, dass »menschlicher Erkenntnis nur relative Werte zugänglich sind«¹¹³, dass sich also auch durch einen Fachmann nicht bestimmen ließe, welche politischen Ziele die richtigen wären. Politischer Zwang könne daher nur gerechtfertigt sein, wenn er mehrheitlich Zustimmung finde. Der Aufsatz endet mit der resignierten Einsicht, dass Demokratien demnach auch an sich selbst zugrunde gehen können, sofern die Mehrheit der Bevölkerung eine antidemokratische Haltung einnimmt. Einem Befürworter der Demokratie bliebe somit nur die »Hoffnung [...], daß das Ideal der Freiheit unzerstörbar ist und daß es, je tiefer es gesunken, um so leidenschaftlicher wieder aufleben wird.«^{114 115}

II. Zeitgenössische Debatten Epistemische Kritik der Demokratie

Ähnlich wie schon bei Platon und bei den nationalsozialistischen Demokratiekritikern, mit denen sich Kelsen im oben erwähnten Aufsatz auseinandersetzt, wird auch in der zeitgenössischen Demokratietheorie die Demokratie gelegentlich für den vermeintlich minderwertigen epistemischen Gehalt der in ihr getroffenen Entscheidungen kritisiert. So plädiert etwa **Jason Brennan** in *Gegen Demokratie* (2017) dafür, die

Demokratie durch eine Expertokratie zu ersetzen, in der »manche Bürger [...] kein Wahlrecht oder ein im Vergleich zu anderen Bürgern eingeschränktes Wahlrecht«¹¹⁶ hätten, da wir andernfalls die politischen Entscheidungen größtenteils politisch Inkompetenten überlassen würden, worunter letztlich alle leiden würden. Zwar gesteht Brennan durchaus zu, dass wir keine Gewissheit hätten, dass eine solche Expertokratie tatsächlich funktionieren würde; allerdings sprechen seines Erachtens ausreichend viele Gründe dafür, zumindest den Versuch zu wagen.

Individualismus oder Zivilkultur als Grundlage der Demokratie?

Demokratie wird oftmals als ein Instrumentarium verstanden, bei dem die Bürger regelmäßig mittels Wahlen ihre Stimme abgeben und ansonsten frei ihren je individuellen Interessen nachgehen können.¹¹⁷ Gegen dieses klassisch-liberale Demokratieverständnis wird insbesondere von kommunitaristischer Seite immer wieder Einspruch erhoben. So argumentiert etwa **Charles Taylor** in *Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie?* (2002), dass Demokratien ohne eine funktionierende Zivilkultur nicht überlebensfähig wären.¹¹⁸ In Taylors Position findet sich dabei eine gewisse Nähe zu Rousseau: Nicht der in sich zurückgezogene Bourgeois, sondern das an der Gemeinschaft interessierte und alle anderen Mitglieder dieser Gemeinschaft als Gleiche achtende Individuum (also der Citoyen) sei demnach die Grundlage vitaler Demokratien.¹¹⁹ **Benjamin Barber** geht in seinem bereits 1984 erschienenen Hauptwerk *Starke Demokratien* gar noch über Taylors Position hinaus, indem er den repräsentativen Institutionen grundsätzlich skeptisch gegenübersteht und stattdessen eine partizipatorische Zivilkultur als die eigentliche Essenz der Demokratie hervorhebt. Für ihn zeichnet sich eine starke Demokratie durch einen offenen Dis-

kurs ohne Konformitätszwang, durch bürgernahe und kleinteilige Institutionen – etwa Townhall-Meetings – und einen starken Fokus auf demokratische Erziehung aus. Barber steht demzufolge großen professionalisierten Polit-Apparaten sowie einer rein durch Berufspolitiker getragenen Demokratie ablehnend gegenüber und möchte stattdessen die Bürgerschaft beleben.¹²⁰

Wie bedeutend eine funktionierende Zivilkultur für das Bestehen von Demokratien ist, wurde inzwischen auch empirisch bestätigt. So haben **Daniel Ziblatt** und **Steven Levitsky** in ihrem 2018 erschienenen Buch *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können* nachgewiesen, dass Demokratien nicht plötzlich und unverhofft durch Autokraten übernommen werden. In einer präzisen Analyse gescheiterter Demokratien zeigen die beiden, dass dort über einen längeren Zeitraum hinweg zunächst zentrale Institutionen wie Gerichte oder Verfassungsschutzbehörden attackiert, danach politische Gegner und Medien kontrolliert oder marginalisiert werden, um letztlich die politische Kultur zu zerstören und die Art und Weise des zivilen Meinungsaustauschs zu unterhöhlen, sowie aktiv zu Gewalt und Eskalation aufgerufen wird. Aufhalten könnten diese Entwicklungen insbesondere politische Parteien und eine aktive Zivilgesellschaft.

Deliberation oder Populismus?

Seit Ende der 80er Jahre wird innerhalb der Demokratietheorie vermehrt die Bedeutung öffentlicher Deliberation betont. So argumentiert etwa **Jürgen Habermas** in seinem demokratietheoretischen Hauptwerk *Faktizität und Geltung* (1992), dass sich die Legitimität moderner Demokratien aus ihrem Anspruch ergibt, die Autonomie der von den Gesetzen betroffenen Bürger zu wahren. Diesem Anspruch würden Demokratien jedoch nur dann gerecht, wenn die den Gesetzen

unterworfenen Bürger sich zugleich als Autoren dieser Gesetze verstehen können, was wiederum voraussetzt, dass diese am politischen Diskurs, aus dem die Gesetze hervorgehen, teilhaben können. Dabei hält Habermas durchaus am repräsentativen System fest: Die Teilhabe der Bürger an den politischen Entscheidungen wird durch eine mediengestützte Öffentlichkeit garantiert, die die Anliegen der Bürger filtert, rationalisiert und an die politischen Entscheidungsträger weitergibt. Die öffentliche Meinung übt dabei eine kommunikative Macht auf die Repräsentanten aus und formt somit deren Entscheidung mit. Dadurch wird garantiert, dass die letztlich getroffenen Entscheidungen auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens aufrufen, wobei auch Minderheitenpositionen ausreichend gewürdigt werden.

In starkem Gegensatz zum deliberativen Demokratiemodell steht die Position der Verfechter einer sogenannten »radikalen« (bisweilen auch »agonalen«) Demokratietheorie.¹²¹ Hier wird nicht der konsensorientierte Austausch von Argumenten in den Vordergrund gestellt, vielmehr werden die liberalen Demokratietheoretiker dafür kritisiert, dass sie versuchen würden, die tatsächlich weiterhin bestehenden politischen Probleme im öffentlichen Diskurs aufzulösen.¹²² Da diese politischen Fragen aber rational nicht gelöst werden könnten, benötige eine progressive Politik vielmehr eine – wenn nötig auch manipulative – Einwirkung auf Vertreter potenziell anderer politischer Auffassungen.¹²³ So plädiert etwa die Neoschmittianerin **Chantal Mouffe** in ihrem Buch mit dem provokanten Titel *Für einen linken Populismus* (2018) dafür, die Wir/sie-Konstruktionen, die innerhalb des Politischen unumgebar wären, ernst zu nehmen und Allianzen zu schließen, die es der politischen Linken ermöglichen würden, ihre politischen Ziele gegen die Interessen ihrer politischen Gegner durchzusetzen.^{124 125}

Die Herausforderung durch Globalisierung

Die zunehmende Globalisierung wird seitens der Demokratietheorie als Herausforderung wahrgenommen. So diagnostiziert etwa **Colin Crouch** in seinem einflussreichen Werk *Postdemokratie* (2008), dass die westlichen Demokratien immer mehr zu Scheindemokratien verkommen, da nationale Regierungen den politisch einflussreichen, zunehmend transnationalen Unternehmen in ihrem Handeln kaum Einhalt gebieten können.¹²⁶ Dies wirft erneut die bereits von Kant gestellte Frage auf, inwieweit Demokratie auch jenseits nationaler Grenzen gedacht werden kann. So plädiert etwa **Otfried Höffe** in *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung* (1999) für eine subsidiäre, föderale Weltrepublik, in der gewisse Angelegenheiten auch auf trans- und internationaler Ebene demokratisch geregelt werden. Die Befürchtung Kants, wonach eine Weltrepublik Gefahr liefe, in den Despotismus abzugleiten, erweist sich laut Höffe im Zusammenhang mit dem von ihm präferierten Modell als unbegründet, da hier dem Weltstaat lediglich in einem begrenzten Rahmen Aufgaben zufallen (u. a. Menschenrechtssicherung, Klimaschutz), während ein Großteil der politischen Entscheidungen weiterhin auf der Ebene der Nationalstaaten verbleibt.

Dennoch finden sich in der politischen Philosophie der internationalen Beziehungen auch deutlich zurückhaltendere Forderungen. So fordert zwar auch **Rainer Forst** in seinem Aufsatz »Zu einer kritischen Theorie transnationaler Gerechtigkeit«¹²⁷, die neuen – auch überstaatlichen – Beherrschungsstrukturen ernst zu nehmen; allerdings lässt er es offen, ob dies letzten Endes die Etablierung einer Weltrepublik erforderlich mache, oder ob möglicherweise anders geartete Institutionen ausreichen würden, um auch auf überstaatlicher Ebene eine gerechte politische Grundstruktur zu gewährleisten.¹²⁸ Ausgehend von der Diagnose, dass sich viele der

gegenwärtigen Probleme nicht mehr ausschließlich auf nationalstaatlicher Ebene lösen lassen, dies aber keineswegs einer Auflösung des Nationalstaats zugunsten eines Weltstaats bedarf, plädiert **Julian Nida-Rümelin** in *Humanistische Reflexionen* (2016) dafür, das kollektivistische Paradigma im Denken über Staatlichkeit aufzugeben und argumentiert, dass das Modell einer »Mehr-Ebenen-Demokratie« aus humanistischer Perspektive normativ geboten sei.¹²⁹

Die zunehmenden globalen Herausforderungen und Krisen, zahlreiche multilateral operierende Konzerne, ein globaler Wirtschafts- und Finanzsektor, einzelne Nationalstaaten überschreitende Bürgerbewegungen sowie eine sich immer deutlicher herausbildende globale Weltöffentlichkeit haben in den letzten Jahrzehnten zu einer immer stärkeren internationalen Kooperation, Verrechtlichung und Institutionalisierung geführt – man spricht gelegentlich auch vom globalen Regieren bzw. *Global Governance*. In diesen globalen Politikfeldern üben immer mehr auch nicht-demokratisch legitimierte Institutionen, sogenannte nicht majoritäre Institutionen, zentrale Funktionen für die Aufrechterhaltung der liberalen Weltordnung aus. Diese treten oftmals mit großer Autorität auf und üben, insbesondere in Krisenzeiten, viel Macht auch auf demokratisch gewählte nationale Regierungen und Parlamente aus, bspw. die Europäische Zentralbank (EZB) oder der Internationale Währungsfond (IWF). Vor dem Hintergrund, dass diese Institutionen zum einen zwar für eine globale Kooperation essenziell sind, zum anderen aber schwach bis nicht demokratisch legitimiert und kontrolliert sind, wird die Frage, wie globale Herausforderungen und Krisen in Zukunft demokratischer bewältigt werden können, die Demokratietheorie noch weiter beschäftigen.^{130 131}

Ist die Demokratie unumgänglich?

Infolge der Entwicklung der Sowjetunion im Zeichen von Perestroika und Glasnost schien für viele die Entwicklung darauf hinzudeuten, dass Alternativen zur sogenannten westlichen Demokratie keine Zukunft mehr haben würden; dass mit anderen Worten sich das westliche Modell einer rechtlich verfassten, gewaltenteiligen, repräsentativen Demokratie durchsetzen würde. Besonders einflussreich war **Francis Fukuyamas** These, wonach die liberale Demokratie einen Endzustand der politischen Menschheitsgeschichte ausmacht, eine These, die er zunächst in seinem Aufsatz »The End of History?« (1989) formuliert hat. Diesen durchaus hegelianisch geprägten Geschichtsoptimismus versuchte unter anderem **Steven Pinker** mit empirischen Daten zu belegen.¹³² Unterdessen mehren sich nicht nur die Anzeichen, sondern vor allem die wissenschaftlichen Kommentare, die nicht nur den hegelianischen, von einer teleologischen Geschichtsinterpretation geprägten, sondern überhaupt einen ethisch-politischen Optimismus bezüglich der Demokratisierung der Welt kritisieren und diesem gelegentlich auch dystopische Erwartungen entgegenstellen.¹³³

Endnoten

- 107 Dass sowohl die Rousseausche als auch Lockesche Begründung der Demokratie immer noch Gegenstand aktueller Auseinandersetzungen um die liberale Demokratie sind, zeigt Chwaszcza, Christine: »Kollektive Autonomie. Volkssouveränität und individuelle Rechte in der liberalen Demokratie«, *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 59 (2011), 917–935.
- 108 Rousseaus Position stellt außerdem den Ausgangspunkt für das republikanische Demokratieverständnis dar, welches heute etwa von Philip Pettit vertreten wird. Vgl. Pettit, Philip: *Republicanism. A Theory of Freedom and Government*, Oxford 1997.
- 109 Kant, Immanuel: *Zum ewigen Frieden* (1795/96), BA 26.
- 110 Eine ausführliche Studie zu den ideengeschichtlichen Auseinandersetzungen dieser Zeit bietet Hacke, Jens: *Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit*, Berlin 2018.
- 111 Auf die junge Bundesrepublik geht ausführlich Sebastian Ullrich ein: *Der Weimar-Komplex: Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959*, Göttingen 2009.
- 112 Schmitt, Carl: *Legalität und Legitimität*, Berlin 2005, 37.
- 113 Kelsen, Hans: »Verteidigung der Demokratie«, in ders.: *Verteidigung der Demokratie. Abhandlungen zur Demokratietheorie*, hrsg. v. M. Jestaedt u. O. Lepsius, Tübingen 2006, 97.
- 114 Ebd., 98.
- 115 Zu Kelsens politischer Philosophie vgl. die Beiträge bei Özmen, Elif (Hrsg.): *Hans Kelsens Politische Philosophie*, Tübingen 2017.
- 116 Brennan, Jason: *Gegen Demokratie. Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen sollten*, Berlin 2017, 8.
- 117 Klassische Beispiele für einen derartigen Ansatz wären Joseph Schumpeters *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (1942) und Anthony Downs' *An Economic Theory of Democracy* (1957).
- 118 Diese Auseinandersetzung zwischen Gemeinschaft und Individualismus findet sich auch in neueren Arbeiten wieder: Höntzsch, Frauke: »Krise der liberalen Demokratie? Nein! Krise des individualistischen Liberalismus«, *Neue Polit. Lit.* 65 (2020), 255–277.
- 119 Der dieser Position entgegenstehende Trend der Individualisierung, verbunden mit Distinktionsbedürfnissen, ist mittlerweile schon fast ein klassischer Topos der Soziologie und findet gerade in jüngerer Zeit wieder größere Aufmerksamkeit. Klassisch: Elias, Norbert: »Über den Prozess der Zivilisation«, Frankfurt a. M. 1976 sowie Bourdieu, Pierre: »Die feinen Unterschiede«, Frankfurt a. M. 1987. Zeitgenössisch: Reckwitz, Andreas: »Die Gesellschaft der Singularitäten«, Frankfurt a. M. 2017.
- 120 Für eine vermittelnde Position zwischen klassisch-liberalen und kommunitaristischen Demokratiekonzeptionen vgl. Nida-Rümelin, Julian: *Demokratie als Kooperation*, Frankfurt a. M. 1999, insbes. Kap. 1, 8, 9.
- 121 Einschlägig ist hier die Publikation von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien 1985; für einen Überblick siehe Flügel-Martinsen, Oliver: *Radikale Demokratietheorien zur Einführung*, Hamburg 2020.
- 122 Das heißt nicht, dass liberale Demokratietheoretiker dafür plädieren, dass Dissens in der Demokratie verbannt werden soll. Vielmehr geht es ihnen darum, zu betonen, dass sowohl Konsens als auch Dissens ihren legitimen Platz innerhalb eines demokratischen Verfahrens haben, allerdings mit dem Ziel, erreichte Konsense, zumindest zeitweilig, zu akzeptieren. Vgl. Özmen, Elif: »Zwischen Konsens und Dissens. Zeitgenössische politikphilosophische Perspektiven auf die Demokratie«, in: *Zukunft der Demokratie. Ende einer Illusion oder Aufbruch zu neuen Formen?*, hrsg. von Reeder, M./Cojocaru, M., Stuttgart 2014, 125–137 und Möllers, Christoph: *Die Möglichkeit der Normen: Über eine Praxis jenseits von Moralität und Kausalität*, Berlin 2015.
- 123 Sich zwar deutlich postmodern positionierend, aber den zivilen Austrag besonders betonend: Frick, Marie-Luisa: *Zivilisiert streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft*, Stuttgart 2017.
- 124 Ein deutliches Gegenmodell zu derartigen postmodernen Demokratiekonzeptionen vertritt Julian Nida-Rümelin in *Demokratie und Wahrheit* (München 2006), wo er die These verteidigt, dass Demokratien – entgegen einer weitverbreiteten Vorstellung – auf Wahrheitsansprüche nicht verzichten können, ohne ihre humane Substanz zu verlieren.
- 125 Eine normative Analyse des sowohl linken wie rechten Populismus liefert Philip Manow: *Die politische Ökonomie des Populismus*, Berlin 2018.
- 126 Eine Kritik an Crouchs These vom Rückgang der Demokratie findet sich bei Stephan Lessenich (*Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*, Stuttgart 2019, insbes. S. 11–18), demzufolge die Geschichte der Demokratie nicht als Parabel (zunächst Aufstieg, dann Verfall), sondern vielmehr als eine dialektische Geschichte wahrgenommen werden sollte: So könne man einerseits durchaus von einer zunehmenden Demokratisierung sprechen (vormals Ausgeschlossene werden mit der Zeit als gleichwertige Gesellschaftsmitglieder anerkannt), dabei sei jedoch zu beachten, dass auf diesem Weg der Demokratisierung immer auch neue Formen der Exklusion entstehen.
- 127 Forst, Rainer: »Zu einer kritischen Theorie transnationaler Gerechtigkeit«, in ders.: *Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt a. M. 2007.
- 128 Die Frage, ob das Subsidiaritätsprinzip das richtige Korrektiv sein kann, wird vielfach diskutiert. Vgl. Gosepath, Stephan: »The Principle of Subsidiarity«, *Real World Justice: Grounds, Principles, Human Rights, and Social Institutions*, hrsg. von Føllesdal, A./Pogge, T., Dordrecht 2005, 157–170.
- 129 Nida-Rümelin, Julian: *Humanistische Reflexionen*, Frankfurt a. M. 2016, 410–442 sowie ders.: *Per un nuovo umanesimo cosmopolitico*, Mimesis 2020. Vgl. darüber hinaus auch Held, David: *Democracy and the Global Order: From the Modern State to Cosmopolitan Governance*, Stanford, Calif. 1995.
- 130 Stephen, Matthew D./Zürn, Michael: *Contested World Orders: Rising Powers, Non-Governmental Organizations, and the Politics of Authority Beyond the Nation-State*, Oxford/New York 2019.
- 131 Kritisch zur Frage der Demokratisierung transnationaler Organisationen: Schreyer, Paul: *Die Angst der Eliten. Wer fürchtet die Demokratie?*, Frankfurt a. M. 2018 und Mounk, Yascha: *The People vs. Democracy. Why Our Freedom Is in Danger and How to Save It*, Cambridge 2018.
- 132 Pinker, Steven: *Aufklärung jetzt. Für Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt. Eine Verteidigung*, Frankfurt a. M. 2018.
- 133 Vgl. z. B. Andreas Reckwitz: *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin 2019.

Literaturverzeichnis

- Pierre Bourdieu: *Die feinen Unterschiede*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1987.
- Jason Brennan: *Gegen Demokratie. Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen sollten*, Berlin: Ullstein 2017, 8.
- Christine Chwaszcza: »Kollektive Autonomie. Volkssouveränität und individuelle Rechte in der liberalen Demokratie«, *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 59 (2011), 917–935.
- Anthony Downs: *An Economic Theory of Democracy* (1957).
- Norbert Elias: *Über den Prozess der Zivilisation*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1976.
- Oliver Flügel-Martinsen: *Radikale Demokratietheorien zur Einführung*, Hamburg: Junius 2020.
- Rainer Forst: »Zu einer kritischen Theorie transnationaler Gerechtigkeit«, in ders.: *Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2007.
- Marie-Luisa Frick: *Zivilisiert streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft*, Stuttgart: Reclam 2017.
- Stephan Gosepath: »The Principle of Subsidiarity«, *Real World Justice: Grounds, Principles, Human Rights, and Social Institutions*, hrsg. von Andreas Føllesdal, Thomas Pogge, Dordrecht: Springer 2005, 157–170.
- Jens Hacke: *Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit*, Berlin: Suhrkamp 2018.
- David Held: *Democracy and the Global Order: From the Modern State to Cosmopolitan Governance*, Stanford: Stanford University Press 1995.
- Frauke Höntzsch: »Krise der liberalen Demokratie? Nein! Krise des individualistischen Liberalismus«, *Neue Polit. Lit.* 65 (2020), 255–277.
- Immanuel Kant: *Zum ewigen Frieden* (1795/96).
- Hans Kelsen: »Verteidigung der Demokratie«, in ders.: *Verteidigung der Demokratie. Abhandlungen zur Demokratietheorie*, hrsg. v. Matthias Jestaedt u. Oliver Lepsius, Tübingen 2006.
- Ernesto Laclau und Chantal Mouffe: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien: Passagen 1985.
- Stephan Lessenich: *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*, Stuttgart: Reclam 2019.
- Philip Manow: *Die politische Ökonomie des Populismus*, Berlin: Suhrkamp 2018.
- Christoph Möllers: *Die Möglichkeit der Normen: Über eine Praxis jenseits von Moralität und Kausalität*, Berlin: Suhrkamp 2015.
- Yascha Mounk: *The People vs. Democracy. Why Our Freedom Is in Danger and How to Save It*, Cambridge: Harvard University Press 2018.
- Julian Nida-Rümelin: *Demokratie als Kooperation*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1999.
- Ders.: *Demokratie und Wahrheit*, München: C. H. Beck 2006.
- Ders.: *Humanistische Reflexionen*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2016, 410–442.
- Ders.: *Per un nuovo umanesimo cosmopolitico*, Sesto S. Giovanni: Mimesis 2020.
- Elif Özmen: »Zwischen Konsens und Dissens. Zeitgenössische politikphilosophische Perspektiven auf die Demokratie«, *Zukunft der Demokratie. Ende einer Illusion oder Aufbruch zu neuen Formen?*, hrsg. von Michael Reder, Mara-Daria Cojocaru, Stuttgart: W. Kohlhammer 2014.
- Dies.: *Hans Kelsens Politische Philosophie*, Tübingen: Mohr Siebeck 2017.
- Philip Pettit: *Republicanism. A Theory of Freedom and Government*, Oxford: Oxford University Press 1997.
- Steven Pinker: *Aufklärung jetzt. Für Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt. Eine Verteidigung*, Frankfurt a. M.: S. Fischer 2018.
- Andreas Reckwitz: *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin: Suhrkamp 2019.
- Ders.: *Die Gesellschaft der Singularitäten*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2017.
- Sebastian Ullrich: *Der Weimar-Komplex: Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959*, Göttingen: Wallstein 2009.
- Carl Schmitt: *Legalität und Legitimität*, Berlin: Duncker & Humblot 2005.
- Paul Schreyer: *Die Angst der Eliten. Wer fürchtet die Demokratie?*, Frankfurt a. M.: Westend 2018.
- Joseph Schumpeter: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (1942).
- Matthew D. Stephen, Michael Zürn: *Contested World Orders: Rising Powers, Non-Governmental Organizations, and the Politics of Authority Beyond the Nation-State*, Oxford/New York: Oxford Scholarship 2019.